

Das Grundrecht der Kriegsdienstverweigerung schützen! : Offener Brief an die Bundesregierung

Autor(en): **Deutsche Friedensgesellschaft / Internationale der
Kriegsdienstgegner / Verband der Kriegsdienstverweigerer**
Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **68 (1974)**

Heft 9

PDF erstellt am: **08.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-142391>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

<http://www.e-periodica.ch>

Das Grundrecht der Kriegsdienstverweigerung schützen!

Offener Brief an die Bundesregierung

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

Zu einem Zeitpunkt, da das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland fünfundzwanzig Jahre besteht, wenden wir uns in der Sorge um den Fortbestand eines Grundrechtes dieser Verfassung an Sie. Das Grundrecht der Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen ist heute für Tausende junger Wehrpflichtiger, die sich darauf berufen wollen, faktisch außer Kraft gesetzt.

Folgende Punkte weisen besonders deutlich auf die Gefahr hin, daß das Grundrecht der Kriegsdienstverweigerung bald nur noch auf dem Papier stehen wird:

— Das verfassungswidrige Anerkennungsverfahren für Kriegsdienstverweigerer wird von der Bundesregierung entgegen anderslautenden Beteuerungen weiter aufrechterhalten. Von den Prüfungsausschüssen und Prüfungskammern, die unter Vorsitz von Bundeswehrbeamten stehen, wird alljährlich mehr als 15 000 Wehrpflichtigen das Recht auf Kriegsdienstverweigerung abgesprochen. Auf Druck der Bundeswehrführung nehmen die Ablehnungen bei den Prüfungsausschüssen und -kammern zu. Die Prüfungsgremien verstoßen dabei oftmals unverhohlen gegen die Rechtsprechung der Bundesverwaltungs- und des Bundesverfassungsgerichts.

— Die Organisationen der Kriegsdienstverweigerer, die den Wehrpflichtigen in dieser Situation helfend zur Seite stehen, werden verfolgt. Mit Hilfe des von der Hitler-Regierung verkündeten «Rechtsberatungsmissbrauchsgesetzes», das einst der Nazi-Diktatur zur Ausschaltung jüdischer Rechtsanwälte diente, sollen heute diejenigen, die Kriegsdienstverweigerer informieren, zu politischen Straftätern gemacht werden. In mehr als hundert Fällen ermittelt die Politische Polizei gegen Kriegsdienstverweigerer wegen Information über ein Grundrecht.

— Gezielt beruft die Bundeswehr Kriegsdienstverweigerer nach ihrer Ablehnung durch die Prüfungskammer zur Bundeswehr ein und zwingt sie zum Waffendienst. Wer sich diesem Zwang widersetzt, muß mit wochenlangem Arrest und mehrmonatigen Gefängnisstrafen dafür büßen, daß er zu seiner Gewissensentscheidung steht. Mehr als hundert Kriegsdienstverweigerer wurden bisher inhaftiert, nur weil sie ihrem Gewissen folgen!

In diesem Land wird so verfahren, als gäbe es überhaupt kein

Grundrecht der Kriegsdienstverweigerung. Kriegsdienstverweigerer werden als Minderheit diffamiert, juristisch und politisch verfolgt.

Dieses Verhalten gegenüber Minderheiten ist in einem Rechtsstaat unerträglich.

Die Unterzeichner dieses Briefes erklären sich solidarisch mit allen Kriegsdienstverweigerern, die wegen ihrer Gewissensentscheidung Verfolgung in Kauf nehmen.

Wir erklären ausdrücklich:

Diejenigen, die den Dienst mit der Waffe verweigern, diejenigen schließlich, die nicht ihrer Einberufung Folge leisten, sondern ihrem Gewissen, haben unser volles Verständnis und unsere Sympathie.

Die Bundesregierung steht im Wort! Sie muß ihr Versprechen, das Prüfungsverfahren abzuschaffen, endlich einlösen!

Wir appellieren an Sie, Herr Bundeskanzler: Setzen Sie den Verfolgungen ein Ende! Verhelfen Sie im 25. Jahre des Grundgesetzes einem Grundrecht dieser Verfassung zur Gültigkeit. Die Kriegsdienstverweigerer bekennen sich zum Auftrag der Präambel zum Grundgesetz «Dem Frieden in der Welt zu dienen».

Wir fordern von der Regierung:

- Sofortige und ersatzlose Abschaffung des Anerkennungsverfahrens!
- Freiheit für alle inhaftierten Kriegsdienstverweigerer!

Das Grundrecht der Kriegsdienstverweigerung ist in Gefahr! Wir werden tun, was in unserer Kraft steht, es zu schützen.

Deutsche Friedensgesellschaft
Internationale der Kriegsdienstgegner
Verband der Kriegsdienstverweigerer

Aus: «Das Gewissen», Juni 1974

Auspeitschungen in Namibia

(unrühmlich als Deutsch-Südwest bekannt)

Während an den Grenzen Südafrikas der Befreiungsprozeß der Schwarzen rasche Fortschritte macht, hält die Republik an kolonialen Regierungsmethoden fest. Wie lange noch? — Red.

Von Peter Katjavivi

Man kann ausrechnen, daß in Namibia mehr als hundert Männer, Frauen und Kinder in der letzten Jahreshälfte 1973 ausgepeitscht wurden. Berichte darüber wurden dem Obersten Gericht durch die Bischöfe